

Grünes Licht für Verfassungstreue-Check: Alle angehenden Beamten sollen überprüft werden



Das rot-schwarz-grüne Kabinett hat den Weg für den umstrittenen Verfassungstreue-Check geebnet. Künftig sollen alle angehenden Beamten in Brandenburg überprüft werden, ob sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Skepsis haben weiterhin die Grünen, aber auch die Linken.



[Igor Göldner](#)

30.08.2022, 09:03 Uhr

Potsdam. In Brandenburg sollen vor einer Einstellung alle angehenden Beamten im öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz überprüft werden. Das sieht der sogenannte Verfassungstreue-Check vor, für den das rot-schwarz-grüne Kabinett am Dienstag grünes Licht gab.

„Verfassungsfeinde haben im Staatsdienst nichts zu suchen“, sagte Innenminister Michael Stübgen (CDU) zur Begründung. Auch künftige Richter und Staatsanwälte sollen nach dem Entwurf vorab überprüft werden. Diese Personengruppe war noch in einem vorherigen Entwurf davon ausgenommen. Dagegen hatte es in der Koalition Protest gegeben. Stübgen sagte, der Check gelte für alle Laufbahnen und Laufbahngruppen aus allen Beamten-Berufsgruppen.

Die einstellende Behörde ist zu einer Regelanfrage an den Verfassungsschutz des Landes verpflichtet. Der teilt mit, ob Informationen vorliegen, die Zweifel am Eintreten der betroffenen Person für die freiheitlich demokratische Grundordnung vorliegen.

Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln nicht erlaubt

Es dürfen vom Verfassungsschutz ausdrücklich nur Erkenntnisse übermittelt werden, die ohne den Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln erhoben wurden. Darüber war lange intern gestritten worden. Stübgen verzichtete letztlich. In einem früheren Entwurf war der Einsatz dieser Geheimdienst-Mittel noch enthalten.

Innen-Staatssekretär Markus Grünwald erläuterte, dass es verschiedene Möglichkeiten der Überprüfung gebe, wie die Teilnahme an Demonstrationen und Veranstaltungen, begangene Straftaten wie Volksverhetzung oder das Tragen von verfassungswidrigen Kennzeichen.

Vom Check nicht betroffen sind alle Angestellten im öffentlichen Dienst und bereits tätige Beamtinnen und Beamte. Sollte es bei sogenannten Bestandsbeamten Anzeichen für den Verdacht einer Verletzung der Verfassungstreue-Pflicht geben, könne eine Anfrage beim Verfassungsschutz gestellt werden, teilte Stübgen weiter mit. Das erfolgt im Rahmen eines Disziplinarverfahrens.

Verfassungstreue bedeutet laut Gesetz die Pflicht der Beamten „zur Bereitschaft, sich mit den Ideen des Staates, dem sie dienen sollen, mit der freiheitlichen demokratischen, rechts- und sozialstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zu identifizieren“.

Landtag muss letztlich entscheiden

Der Treue-Check ist in Brandenburg umstritten. Der Gesetzentwurf geht nun in den Landtag, der letztlich entscheidet. Skeptisch sehen die Grünen im Landtag nach wie vor die Pläne. Die beiden Minister Ursula Nonnemacher und Axel Vogel allerdings stimmten im Kabinett zu. Der Fraktionschef im Landtag, Benjamin Raschke, sagte dazu: „Eine Zustimmung im Kabinett ist noch keine Gewähr, dass der Check kommt.“ Für seine Fraktion stelle sich die Frage der Verhältnismäßigkeit einer solchen Überprüfung. Er betonte, dass der Verfassungstreue-Check nicht im Koalitionsvertrag stehe.

Die oppositionelle Linke lehnt den geplanten Verfassungstreue-Check ab. Dieser sei zu bürokratisch und das falsche Mittel, sagte Fraktionschef Sebastian Walter. Er kritisierte, dass lediglich Anwärter und nicht Beschäftigte im öffentlichen Dienst überprüft werden. „Der Check wird wirkungslos bleiben“, prophezeite er.

Die AfD lehnt die Pläne ab. Es handele sich um einen „Regierungstreue-Check“ und „keinen Verfassungstreue-Check“, wie der Abgeordnete Dennis Hohloch sagte. CDU, SPD und Freie Wähler signalisierten Zustimmung.